



## Newsletter 4/24, 30. April 2024

**Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,**

der Iran hat erstmals direkt von seinem Staatsgebiet aus Israel mit Drohnen und Raketen angegriffen. Dieser Angriff ist der vorläufige Höhepunkt einer stetig zunehmenden und von Iran ausgehenden Eskalation. Gemeinsam mit seinen bewaffneten Unterstützern im Libanon, Jemen, Syrien und den Palästinensischen Gebieten schürt der Iran Konflikte und Hass im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Mit umfassenden Anträgen zur Sanktionierung des iranischen Terrorregimes und zur Unterstützung der iranischen Revolutionsbewegung haben wir uns bereits im Januar und September letzten Jahres deutlich positioniert. Leider wurden sie auch dieses Mal abgelehnt, die Bundesregierung beschwichtigt, und kommt nicht ins Tun.

Am Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg wurde der Initiativantrag des Landesvorstandes „Staatsräson misst sich an Taten: Die Islamische Republik Iran wirtschaftlich und politisch isolieren und iranische Stellvertreter in Europa bekämpfen“ einstimmig von allen CDU-Delegierten beschlossen!

Zu lange wurde im Umgang mit dem Iran Nachsicht geübt, auch in der Hoffnung, vielleicht doch noch ein Atomabkommen zu erreichen. Spätestens jetzt muss die Bundesregierung ihre Iran-Politik korrigieren und mit einem umfassenden Sanktionspaket entschieden

handeln. Dem Mullah-Regime müssen die Unterdrückung des eigenen Volkes, weitere Angriffe auf Israel sowie die Unterstützung seiner Handlanger so schwer wie möglich gemacht werden. Dazu müssen die Revolutionsgarden als Rädelsführer des Terrors endlich EU-weit als terroristische Vereinigung gelistet werden. Wir fordern die Listung der Revolutionsgarden auf europäischer sowie die Schließung des „Islamischen Zentrums“ in Hamburg auf nationaler Ebene. Deutschland darf darüber hinaus nicht länger einer der wichtigsten Handelspartner des Iran sein und den Terror mitfinanzieren. Durch Lieferung von Dual-Use-Gütern darf der Iran nicht noch weiter technologisch gestärkt werden. Niemals darf der Iran in den Besitz von Nuklearwaffen gelangen. Wir stehen an der Seite Israels. Die Verteidigung des Existenzrechts Israels darf dabei keine Phrase sein, sondern muss sich in einer konsequenten und wirksamen Iran-Politik der Bundesregierung widerspiegeln. Nur so kann der Iran eingehegt und weiterer von ihm ausgehender Terror verhindert werden.

„Nicht nur schwer erträglich“, wie es Nancy Faeser kommentiert, sondern absolut untragbar und klar mit Härte zu verbieten, sind auch Islamisten-Demonstrationen wie in Hamburg am letzten Samstag mit 1100 Personen, die gegen die angebliche Islamfeindlichkeit von Politik und Medien in Deutschland demonstrieren. Videoaufnahmen zeigen, wie Teilnehmer der Demonstration Schilder mit Slogans wie „Kalifat ist die Lösung“ in die Höhe hielten.

So etwas hat in unserem Land nichts zu suchen! Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen in unserem Land ungestört diese demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologie propagieren dürfen.

Ihre



---



### Meine 25. Rede im Bundestag

In meiner [Rede](#) im Plenum zu unserem CDU/CSU-Antrag „Versorgung mit Medizinprodukten sicherstellen – Gesundheitswirtschaft nachhaltig stärken“ habe ich anhand eines Medizintechnik-Unternehmens aus meinem Wahlkreis aufgezeigt, welche Konsequenzen die Medizinprodukteverordnung (MDR) für Unternehmen, Patientinnen und Patienten hat.

Das Unternehmen entwickelt seit etwa 50 Jahren Produkte für Herzoperationen und ist damit international erfolgreich. Es entwickelte z. B. den hoch innovativen Baby-Stent, ein weltweit einzigartiges Produkt, dessen Nutzen bereits durch eine klinische Studie bewiesen wurde. Wegen der Anforderungen der MDR gibt es diese Kinderprodukte jetzt nicht mehr. Stattdessen müssen wieder Operationen mit extrem hohem Risiko durchgeführt werden. Darüber hinaus musste die Firma - nach Abwägung von personellen und finanziellen Ressourcen - ihre 26 eigenen Produktgruppen auf noch fünf reduzieren. Mit viel personellem Aufwand ist es dem Unternehmen gelungen, die Anforderungen der MDR bei bestimmten Produkten zu erfüllen. Insolvenzen sind bei anderen Firmen in meinem Wahlkreis bereits Realität.

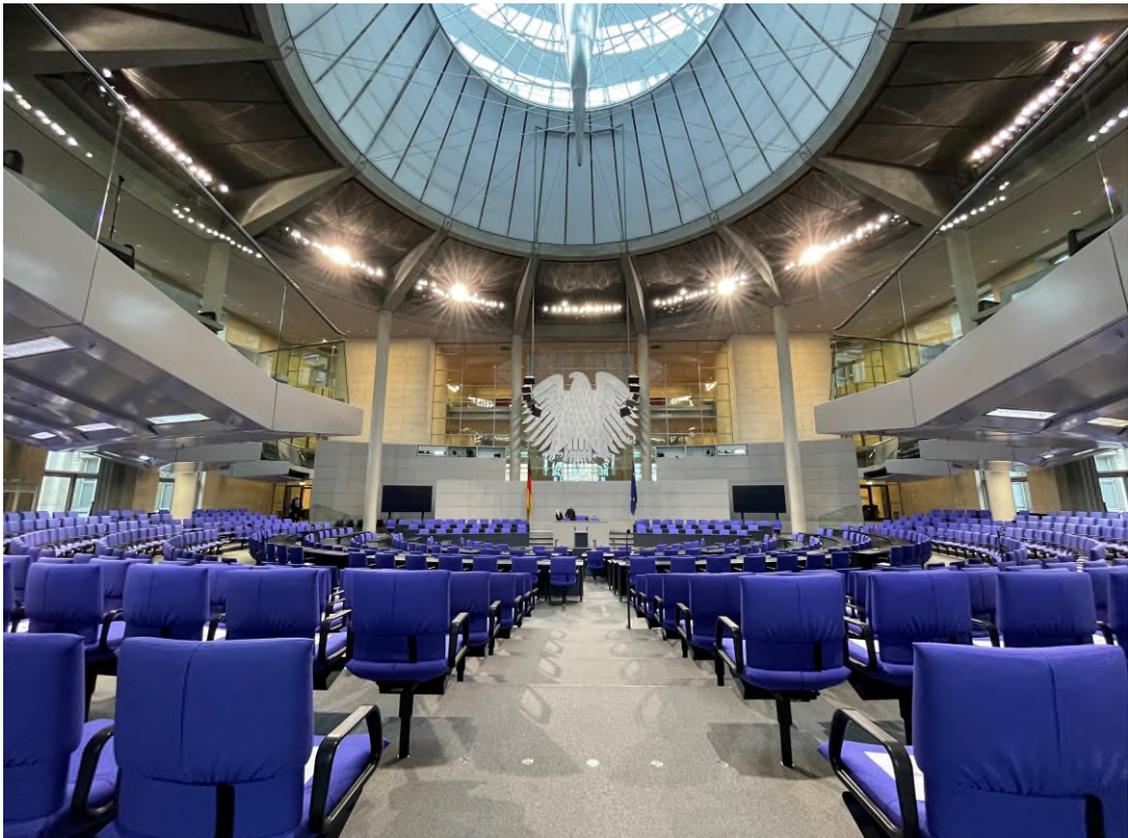
Zudem verwies ich darauf, dass Innovationen durch die MDR für viele zu teuer geworden sind, chinesische und indische Firmen zunehmend den deutschen und europäischen Markt der Medizintechnik einnehmen. Ich unterstrich, dass wir uns damit erneut in eine Abhängigkeit von Nicht-EU-Staaten, wie schon bei vielen Wirkstoffen und Medikamenten, begeben.

In meiner Rede betonte ich, dass für die nachhaltige Stärkung unserer Gesundheitswirtschaft die Versorgung mit Medizinprodukten sichergestellt werden muss. Dazu sollen:

1. Kapazitäten bei den verantwortlichen Prüfungsstellen geschaffen werden,
2. hohe bürokratische Hürden abgebaut,
3. und Sonderregelungen für Nischenprodukte und unternehmerisches Handeln schnell ermöglicht werden.

Mein Fazit lautete: Die Medizinprodukteverordnung muss an die Realität angepasst werden.

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: [https://youtu.be/iLdjuLt7\\_Gg?si=Twz9cFIOGzI7mS9I](https://youtu.be/iLdjuLt7_Gg?si=Twz9cFIOGzI7mS9I)



**Plenarwoche vom 08. bis 12. April**

**Das waren Themen und Initiativen in dieser Sitzungswoche:**

### **Unser Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland**

Der Deutsche Bundestag hat sich am 12. Oktober 2023 in einer bemerkenswerten, einstimmigen Resolution klar an die Seite der Jüdinnen und Juden und an die Seite des Staates Israel gestellt. Auf der Grundlage dieser klaren Positionierung haben wir in weiteren Gesetzentwürfen und Anträgen den rechtlichen und politischen Handlungsbedarf herausgearbeitet. Bedauerlicherweise waren die Parteien der Ampel-Koalition – SPD, Bündnis90/Die Grünen und die FDP – nicht bereit, mit uns ernsthaft über wirksame Maßnahmen zu sprechen. Nach mehreren Wochen des Hinhaltens, Verzögerns und Taktierens sowie einiger untauglicher – weil inhaltlich unzureichender – Vorschläge seitens

der Ampel-Koalition haben wir uns nun entschlossen, unsere Gesetzentwürfe und Initiativen in eigener Verantwortung erneut im Plenum zur Debatte zu stellen.

In unserem Leitantrag zur vereinbarten Debatte am 9. November 2024 – 85 Jahre nach der „Reichspogromnacht“ – haben wir festgehalten: Der Staat Israel kann sich unserer unverrückbaren und anhaltenden Solidarität sicher sein. Es darf keinen Zweifel geben, wo die demokratischen Kräfte in Deutschland stehen: An der Seite Israels und an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland. Diese Solidarität und Gewissheit müssen auch morgen und übermorgen noch gelten, wenn der Krieg im Nahen Osten länger dauert oder zu Ende ist. Die Solidarität darf auch dann nicht nachlassen, wenn Antisemiten und Israelhasser ihre Parolen auf deutsche Straßen tragen.

In unserem Leitantrag haben wir 49 Punkte für eine wirksame Unterstützung Israels und eine entschlossene Bekämpfung des Antisemitismus niedergelegt. Darüber hinaus legen wir mit zwei Gesetzentwürfen Regelungen vor, damit Gesetzeslücken geschlossen werden. Dies betrifft insbesondere die verstärkte strafrechtliche Ahndung antisemitischer Äußerungen und die Strafbarkeit der Sympathiewerbung für Terrororganisationen. Darüber hinaus fordern wir eine Anpassung des Staatsangehörigkeitsrechts, um die Einbürgerung von Antisemiten und Hamas-Unterstützern zu unterbinden. Abschließend legen wir einen Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus in Bildung und Forschung vor. Jüdische Schüler haben mitunter Angst, zur Schule zu gehen, jüdische Studenten und Forscher sind Übergriffen ausgesetzt.

Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung zum Handeln auf. Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der „Exzellenz“ in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen. Wir setzen uns für die Förderung von Forschung und Bildungsprogrammen ein, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus widmen und jüdisches Leben stärken.

### **Unser Antrag: Wirtschaftswende jetzt – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft**

Obwohl derzeit die Weltwirtschaft wächst, trüben sich die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 weiter ein. Schon im Jahr 2023 schrumpfte sie um 0,3 Prozent, das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 Prozent. Es häufen sich die Berichte, dass Unternehmen Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der hierzulande ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland verlagern. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad des wirtschaftlichen Abstiegs geführt.

Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende. Wir sind ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen. Zur Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland deutlich verbessern. Der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB und der Erste Stellvertretende Vorsitzende Alexander Dobrindt MdB hatten Anfang Februar den Bundeskanzler in einem Brief dazu aufgerufen, neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

jetzt ein Paket aus Sofortmaßnahmen auf den Weg zu bringen, um den Standort Deutschland zu sichern und zu stärken. Eine Antwort blieb bis heute aus. Dass unsere Argumente zumindest in Teilen der Bundesregierung aufgegriffen werden, zeigen Wortmeldungen des Bundesfinanzministers aus der vergangenen Woche.

Unsere Vorschläge stellten wir mit einem Antrag zur Abstimmung im Bundestag und gaben der FDP-Bundestagsfraktion die Gelegenheit, sich diesem anzuschließen. Trotz sehr lauter, öffentlicher Forderungen der FDP, die 1:1 mit denen von uns übereinstimmen, hat sich die FDP-Fraktion entschlossen, unseren Antrag abzulehnen! Wie schon so oft!

Unser Sofortprogramm umfasst 12 Punkte, darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte; die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird; die vollständige Rücknahme der von der Ampel beschlossenen Steuererhöhung für Landwirte; sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum und die Halbierung der Netzentgelte.

### **Aktuelle Stunde: Ursachen und Konsequenzen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 – Steigende Kriminalität auch im Kontext der aktuellen Migrationslage nicht länger hinnehmen**

Die deutliche Zunahme der Kriminalität im zweiten Jahr in Folge ist besorgniserregend. Gerade die Höchststände bei der Gewaltkriminalität, bei Straftaten durch Kinder und Jugendliche sowie der überproportionale Anteil an nicht-deutschen Tatverdächtigen sind erschreckend. Diese Entwicklungen bedürfen einer klaren und wirksamen politischen Antwort. Jetzt ist die Bundesinnenministerin gefragt: Nancy Faeser muss mit ihren Länderkollegen schnellstens einen Aktionsplan erarbeiten. Polizei und Justiz brauchen jetzt unsere maximale Unterstützung. Die Bundesregierung muss ihnen den Rücken stärken, anstatt ihnen – mit Extremismus-Verdächtigungen und neuen Aufsichtsstellen – in den Rücken zu fallen. Ein wichtiger Schritt wäre zudem ein „Pakt für den Rechtsstaat 2.0“, damit Strafe möglichst rasch auf dem Fuße folgt. Gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden ist wichtig, dass sie - „Konsequenz folgt Handeln“ - die Strafe unmittelbar mit dem Vergehen in Zusammenhang sehen und nicht Monate oder sogar Jahre dazwischen liegen.

Die Bundesregierung muss darüber hinaus ihre Prioritäten neu und richtig ordnen. Sie muss auch unbequeme Wahrheiten in den Blick nehmen. Dazu gehört, dass die weiter hohe, irreguläre und unkontrollierte Migration immer mehr auch zu einem Sicherheitsrisiko wird.



**Plenarwoche vom 22. April bis 26. April**

**Unsere Initiativen dieser Sitzungswoche:**

**Unser Antrag: Pflegebedürftigkeit frühestmöglich verhindern – Gesundheitsförderung und Prävention in der Pflege stärken**

Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung in diesem Alter beträgt derzeit 82 Prozent. Die weitere Alterung der Gesellschaft und somit die demographische Entwicklung wird unweigerlich dazu führen, dass der Mehrbedarf für die pflegerische Versorgung enorm steigen wird. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland wird nach vorliegenden Prognosen bis 2055 um 37 Prozent zunehmen. Vor dem Hintergrund der aktuellen und deutlich zunehmenden Personalengpässe in der Pflege und der dargestellten Prognosen ist davon auszugehen, dass sich die bereits ohnehin angespannte Situation in der Pflege weiter zuspitzen wird.

Bedauerlicherweise kommt die Prävention in der Pflege in der Diskussion zu kurz, obgleich das Präventionsgesetz bereits viele Anknüpfungspunkte bietet, um die Gesundheitsförderung sowie präventive Pflege wirksam zu verankern. Es wäre jedoch zielführend auch die Prävention im ambulanten und häuslichen Kontext zu stärken. Somit könnte bereits im Vorfeld stationäre Pflege vermieden werden. Der Grundsatz „Prävention vor Pflege“ wird immer wichtiger, um Gesundheit zu erhalten und damit Krankheit und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden – für eine gute Lebensqualität bis ins hohe Alter. Durch gezielte Prävention und neue präventive Ansätze in der Pflegepolitik kann der Anteil der Pflegebedürftigen erheblich reduziert werden.

In unserem Antrag forderten wir die Bundesregierung deshalb u. a. dazu auf:

- Ein ressortübergreifendes, integriertes Präventionskonzept für die Pflegebedürftigkeit zu entwickeln, das alle Lebensbereiche und Regionen umfasst und eine Strategie der Pflegeprävention, d. h. eine lebensphasenübergreifende Prävention und Gesundheitsförderung von der Geburt an in allen Lebenslagen (Schule, Studium, Berufsleben, etc.) mit einschließt.
- In Zusammenarbeit mit den Pflege- und Krankenkassen, den Kommunen und den Ländern Pflegestützpunkte mit integrierter, präventiv ausgerichteter Pflegeberatung flächendeckend einzuführen und sektorenübergreifende Netzwerke wie das Quartiersmanagement, das auch eine aufsuchende Beratung umfasst, um Bedarfe frühzeitig zu erkennen, bevor Pflegebedürftigkeit oder Unterstützungsbedarfe überhaupt auftreten, zu fördern und auszubauen.
- Die Arbeit der Pflegestützpunkte finanziell abzusichern, da so Pflegebedürftige und deren Angehörige sowie weitere Hilfsbedürftige eine niedrigschwellige, wohnortnahe Beratung und Begleitung erhalten.
- Dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ leistungsrechtlich stärker Rechnung zu tragen und innovative Wohnformen, wie beispielsweise ambulant betreute Pflege-WGs, an denen sich auch Angehörige und Bürgerinnen und Bürger beteiligen, besser zu fördern und zu unterstützen.
- Präventionsmaßnahmen auch für pflegende Angehörige zu fördern, da diese häufig psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt sind.
- Gemeinsam insbesondere mit den Bundesländern, der Selbstverwaltung sowie Verbänden und der geriatrischen Forschung ein Format zu initiieren, um Konzepte und Maßnahmen zu besprechen, die die Prävention von Pflegebedürftigkeit in Deutschland langfristig fördern.

**Antrag von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Für eine umfassende Wertschätzung – einen nationalen Veteranentag einführen und die Versorgung der Veteranen und deren Familien verbessern**

Der Bundestag hat beschlossen, den 15. Juni zum jährlichen nationalen Veteranentag zu erklären, um den Einsatz und den Dienst aktiver und ehemaliger Soldaten der Bundeswehr zu würdigen. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wurde mit den Stimmen aller Fraktionen bei Enthaltung der Gruppe Die Linke angenommen. In dem Antrag fordern auch wir die Bundesregierung auf, unter Einbeziehung des Verteidigungsausschusses, der Wehrbeauftragten sowie Veteranen-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ein „zeitgemäßes“ Konzept für einen jährlich zu begehenden Veteranentag zu erarbeiten und die dafür benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Antragsteller sehen den Deutschen Bundestag in besonderer Verantwortung für die Bundeswehr. Die Einsätze verlangen den Soldatinnen und Soldaten viel ab: Sie müssen in Ausnahmesituationen ihren Dienst ausüben und erfahren neben positiven Erfahrungen im Einsatz möglicherweise auch Verletzung, Verwundung und Tod. Manche Soldatinnen und Soldaten haben in Folge ihres Einsatzes selbst schwere physische oder psychische Verletzungen davongetragen, die auch noch lange nach der Rückkehr aus dem Einsatz ihr Leben sowie das ihrer Angehörigen beeinträchtigen.

Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen Respekt, Anerkennung und Würdigung für ihren Dienst und ihre Bereitschaft, im Falle eines Falles das höchste Gut – ihr Leben – für

die Sicherheit, Freiheit und die Werte unseres Landes einzusetzen. Dies gilt im besonderen Maße für die Einsatzveteraninnen und -veteranen der Bundeswehr. Ihnen soll dieser Tag als Rahmen für Anerkennung und Dank ihrer Leistungen sowie als Ort des Austausches zwischen ihnen, ihren Angehörigen, Bundeswehr, Gesellschaft und Politik dienen.

---



**"Die Zeit läuft ab!"**

**Solidaritätsaktion mit Angehörigen von Hamas-Geiseln und der Forderung für mehr Engagement der Bundesregierung zur schnellen Freilassung der Geiseln**

Eine große Sanduhr mahnte vor dem Paul-Löbe-Haus eindrücklich daran, dass am 7. Oktober 2023 die Terrororganisation Hamas in einem barbarischen Akt Israel angegriffen, gemordet und Geiseln aus ihren Dörfern nach Gaza verschleppt hat. Das Schicksal vieler Geiseln ist seitdem weiter ungeklärt. Viele Geiseln werden in den Tunneln unter der Erde in Gaza vermutet. Man kann sich nur schwer vorstellen, welcher Todesangst, Gewalt und Misshandlung die Geiseln ausgesetzt sind.

Seit sechs Monaten kämpfen die Angehörigen darum, zu erfahren, wo die Geiseln sind,

wie es ihnen geht, und vor allem kämpfen sie für eine sofortige Freilassung mit der Botschaft: #bringthemhomenow und #timeisrunningout.

Bei der Aktion vor dem Paul-Löbe-Haus haben wir Abgeordnete des Deutschen Bundestags uns mit den Angehörigen von Hamas-Geiseln getroffen, um unsere Solidarität zu zeigen und auf das Schicksal aufmerksam zu machen. Unter den Geiseln sind auch mindestens 10 Deutsche. Mindestens 30 Personen, die verschleppt wurden, haben einen deutschen Pass. Im Gegensatz zu anderen Ländern, die auf ihre Geiseln aufmerksam machen, spricht unsere Bundesregierung nicht darüber.

Die zögerliche Informationsgabe über die deutschen Geiseln der Hamas und die allgemeine Zurückhaltung, über das Thema zu berichten, verhindert, dass ein Gesamtbild der deutschen Betroffenheit entsteht. Zudem wird die Anteilnahme am Schicksal der Geiseln in der deutschen Öffentlichkeit erschwert.



**Besuch der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Bayerischen Gesundheitsministerin Judith Gerlach MdL in der bayrischen Landesvertretung in Berlin**

Intensive Gespräche mit der Bayerischen Gesundheitsministerin Judith Gerlach MdL über Cannabislegalisierung, Arzneimittelversorgung und Krankenhausreform. Bayern greift konsequent gegen den Missbrauch von Cannabis durch und kann damit als Beispiel dienen. Mit einem Bußgeldkatalog zum Konsum trägt das Land dazu bei, dass die Droge nicht gesellschaftsfähig wird.



**Parlamentarisches Frühstück zum Thema:  
Klimawandel und Allergien - Allergieprävention bei Kindern**

Gerne habe ich die Einladung zu einem parlamentarischen Frühstück zum Thema Allergien und Klimawandel der Firma Thermo Fisher angenommen. Zusammen mit meinem Kollegen Georg Kippels MdB diskutieren wir die Auswirkungen des Klimawandels auf die individuelle Gesundheit der Menschen insbesondere auf Kinder und Jugendliche. Hitzewellen sind mittlerweile ein beständiger Teil unserer Sommer. Gerade stark von Heuschnupfen betroffene Kinder gilt es zu unterstützen, weil in der Allergiezeit nachweislich die Leistungsfähigkeit sinkt. Eltern wie Lehrerinnen und Lehrer müssen darüber aufgeklärt werden. Erkennt man die Erkrankung frühzeitig, kann eine Therapie gut wirken, denn Allergien können mit sekundären Therapiemitteln sehr gut behandelt werden, die vergleichsweise preiswert sind.

Doch noch immer werden Allergien und Allergiker trivialisiert und bagatellisiert. Dabei müssen die Folgen wie z. B. die Krankheitsprogression in den Fokus rücken. Schulen haben auch hier eine wichtige Rolle: Prävention und Aufklärung über

Therapiemöglichkeiten und den richtigen und verantwortungsvollen Umgang mit Allergien sollten schon hier ansetzen.



**Mit einer Crowdfunding-T-Shirt-Aktion unterstütze ich von Herzen die Finanzierung des ME/CFS-Buchprojekts der 14-jährigen Elena Lierck**

Nun noch eine Herzensangelegenheit: Vor 1,5 Jahren habe ich Kalea Lierck über ihre Mama Elena kennengelernt. Sie ist seit 2,5 Jahren schwer an ME/CFS erkrankt und verbringt ihre Zeit größtenteils im Bett, im reizarmen Zimmer, mit Noise-Cancelling-Kopfhörern. Sie kann weder am Leben ihrer Familie teilhaben noch zur Schule gehen,

Sport machen oder sich mit ihren FreundInnen treffen. Also das, was normalerweise Jugendliche mit 14 Jahren so machen.

Vor einem Jahr habe ich eine Rede über die Krankheit im Bundestag gehalten und habe unseren CDU/CSU-Antrag im Plenum vertreten, der diesbezüglich Forderungen an die Bundesregierung aufgestellt hat. Ich habe in meiner Rede aus Kaleas Brief an mich zitiert und bin seitdem über ihre Mama im Kontakt mit der Familie. Nun möchte ich Kalea bei einem Crowdfunding-Buchprojekt unterstützen, wo sie mit ihren Gedichten, Zitaten und Zeichnungen einen Einblick in ihr Leben mit ME/CFS geben möchte. Das Geld werde ich ihr Ende Mai persönlich vorbeibringen.

Dazu verkaufe ich gerne noch T-Shirts aus meinem Bundestagswahlkampf für 25 Euro pro T-Shirt. Ebenso sammle ich in meiner letzten Plenumswoche im Deutschen Bundestag bei einem Abschiedsabend Geld. Schließlich werde ich die Summe noch persönlich aufstocken. Wer also gerne ein T-Shirt möchte, bitte einfach melden. Ich trage übrigens ein T-Shirt in S, fällt also groß aus! Es gibt ein T-Shirt in S und 4 in L.

Natürlich darf das Buchprojekt auch so unterstützt werden! Kalea steht stellvertretend für viele Tausende andere Kinder und Erwachsene in Deutschland und auf der Welt, die an dieser schrecklichen Krankheit leiden. Zurzeit sind weder Medikamente bekannt, noch gibt es Plätze für Therapien, auf die Menschen wirklich erfolgreich ansprechen: Jeder Mensch erleidet ein individuelles Schicksal.

Es braucht mehr Aufmerksamkeit in der Gesellschaft für die Folgen der Krankheit. Die Therapieforschung muss ausgebaut werden, ebenso Informations- und Fortbildungsangebote sowie eine gezielte Aufklärung für das medizinische Personal.

Der ZDF-Länderspiegel hat übrigens eine Doku über Kalea und andere schwer Erkrankte produziert.

Sehr zu empfehlen: <https://www.youtube.com/watch?v=aRh8rBnEadI>



### Schülerinnen und Schüler aus Lörrach zu Besuch im Bundestag

Ich durfte wieder Besuch aus meinem Wahlkreis im Bundestag begrüßen. Die Schülerinnen und Schüler der Albert-Schweizer-Gesamtschule in Lörrach waren zu Gast. Es macht große Freude, die Neugierde und die Offenheit der jungen Menschen mir gegenüber als Bundestagsabgeordnete, vor allem aber auch an aktuellen politischen Themen zu sehen und was sie bewegt.

Mit viel Interesse wurden tolle und spannende Fragen gestellt, z. B. ob die Wehrpflicht wieder eingeführt wird oder wie der Arbeitsalltag als Abgeordnete sowohl in der Hauptstadt als auch im Wahlkreis aussieht.

---

Neues aus dem Wahlkreis



**Austausch mit Didier Lemaire, Député du Haut-Rhin d'Assemblée nationale  
und Gaston Latscha, Maire de Héisingue und mit mir im Präsidium des  
Districtsrates**

Die deutsch-französische Freundschaft ist mir sehr wichtig: Für mich ist sie der Grundpfeiler Europas. Daher war es mir ein großes Anliegen, Didier Lemaire, Député du Haut-Rhin d'Assemblée nationale, also mein Pendant als Bundestagsabgeordnete auf der anderen Rheinseite in Frankreich, zu treffen.

Gemeinsam mit meinen geschätzten Kollegen Gaston Latscha, Maire de Héisingue und mit mir im Präsidium des Districtsrates, haben wir uns im Rathaus Weil am Rhein zu gemeinsamen Anliegen in unserer Region ausgetauscht. U. a. ist uns die Durchlässigkeit des Wirtschaftsraumes Elsass und Südbaden sehr wichtig. Das betrifft die Themen Arbeitskräfte, unternehmerische Leistungen sowie Ausbildung von jungen Menschen und Sprachunterricht in der Schule. In Frankreich gibt es ein großes Interesse am deutschen Sprachunterricht in Schulen, leider gibt es zu wenig Lehrerinnen und Lehrer dafür.

Ein weiteres Thema war die stationäre Gesundheitsversorgung im Elsass und die Möglichkeit, in benachbarten Kliniken in Deutschland behandelt zu werden. Beide Themen werden wir gemeinsam, u. a. im Districtsrat weiterbearbeiten.

Auf der Dreiländerbrücke, die Weil am Rhein und das französische Huningue verbindet, haben wir uns anschließend mit Jean-Marc Deichtmann, Maire de Huningue, getroffen, um der besonderen Beziehung der beiden Nachbarstädte Ausdruck zu verleihen und das Projekt 3Land vorzustellen.



## Ber(li)ner Salon

“Ber(li)ner Salon“ heißt die Veranstaltungsreihe der Deutschen Botschaft in Bern unter der Schirmherrschaft von Botschafter Michael Flügger an der ich auf dem Panel teilnehmen durfte.

In einem länderübergreifenden Austausch zu Demokratiefragen in Deutschland, der Schweiz und der EU habe ich unter der Moderation von Nicola Forster, Präsident Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) mit Fabian Molina, Nationalrat Sozialdemokratische Partei SP, Petros Mavromichalis, Leiter der Delegation der Europäischen Union in der Schweiz und für das Fürstentum Liechtenstein und Dr. Rahel Freiburghaus Postdoktorandin (PostDoc) am Lehrstuhl für Schweizer Politik an der Universität Bern, einen gemeinsamen Blick auf aktuelle Demokratiefragen, Partizipation und gesellschaftlichen Zusammenhalt geworfen.

Zentrale Frage war auch, wo wir voneinander lernen können unter dem Motto des Abends „3X Demokratie - Demokratie ist, was Du draus machst.“ Das Ziel: Neue Ideen für gesellschaftliche Teilhabe in der Zukunft.

Ein spannender, inspirierender Abend mit 50 geladenen politikinteressierten Menschen aus Politik, Wissenschaft, Studierenden, Think Tanks und NRO im Bereich Politikvermittlung und Demokratie.



### **Kommunalpolitischer Stammtisch in Hartheim am Rhein**

Sehr gerne bin ich der Einladung der CDU Hartheim am Rhein gefolgt und habe über aktuelle politische Fragen, die Berliner Gesetzgebung und Folgen für die Kommunalpolitik diskutiert. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellen sich in der kommenden Kommunalwahl zur Wahl für Gemeinderat und Kreisrat.

Deutlich wurde bei dem Treffen, dass uns die aktuelle Situation in der Ukraine und die möglichen Auswirkungen auf die benachbarten Länder Sorgen bereitet. Auch die hohen Strompreise im Vergleich zu anderen Ländern, die immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen für den Mittelstand und unsere Wirtschaft wie auch die Auswirkungen von Migration wurden intensiv besprochen.

Wichtig war den Anwesenden, dass Kommunen eine verlässliche Finanzplanung haben, um die vielen anstehenden kommunalen Aufgaben zu bewältigen. Deutlich wurde dabei, dass der gesetzliche Anspruch und die kommunale Wirklichkeit oftmals weit auseinanderklaffen. Die Kommunen bekommen immer mehr Pflichtaufgaben aufgedrückt, müssen aber regelmäßig dafür kämpfen, die notwendigen finanziellen Ressourcen zu bekommen, um diese Pflichten auch erfüllen zu können.

Eine wichtige Forderung ist: Gesetze brauchen einen kommunalpolitischen Praxistest!



### **Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Ludwigsburg: Die Europawahl am 9. Juni fest im Blick**

Mit Mut, Tempo und Taten. Ein erfolgreicher Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Ludwigsburg: Eine starke kämpferische Rede von unserem Landesvorsitzenden Manuel Hagel MdL, viele Anträge und eine super Möglichkeit zum Netzwerken!

Manuel Hagel machte das Ziel der CDU bei den kommenden Wahlen deutlich: „Die CDU wird am 9. Juni wieder die stärkste Partei in den Kommunalparlamenten werden und auch bei den Europawahlen stark abschneiden! Als Christdemokraten verbindet uns der Wert, das Leben im Großen auf europäischer Ebene und im Kleinen an der Basis in der Kommune jeden Tag ein wenig besser zu machen! Mit Gottvertrauen und Vertrauen in die Verantwortungsbereitschaft der Menschen. Und damit auch Baden-Württemberg voranbringen: Heimat der Fleißigen und der Innovation.“

Sehr gefreut hat mich, dass mein Antrag „Maßnahmen zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum“, wie auch der Antrag „Nordisches Modell gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel einführen“, der von der Frauenunion Deutschland initiiert und unterstützt von zahlreichen Kreisverbänden, beschlossen wurde.

---

## Augenblicke



... bei der "Aktion Mitreden" der CDU-Frauen des Stadtverbands Rheinfelden und der Kreis-Frauenunion Lörrach auf dem Marktplatz von Rheinfelden ... Werkstattbesuch mit der CDU Weil am Rhein im Klybeck-Areal in Kleinbasel bei den Basler Verkehrs-Betrieben, deren Züge seit 2014 zuverlässig bis nach Weil am Rhein rollen ...



... am EU-Projekttag an Schulen diskutierte ich mit den 9. Klassen der Realschule Dreiländereck in Weil am Rhein europäische Zukunftsthemen wie Migration, Bildungspolitik, Umweltschutz, Ukraine-Krieg und den Nahostkonflikt ... endlich mal wieder im Stadion beim SC Freiburg gegen FSV Mainz 05. Leider nur ein 1:1. Trotzdem ein schöner und unterhaltsamer Fußballabend ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,  
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!  
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte  
Personen weiterleiten.

### Meine nächsten Termine (Auswahl):

**Mittwoch, 01. Mai, 10 Uhr:** Maihock CDU-Lörrach, Bühlerhof Lörrach

**Donnerstag, 02. Mai:** Wirtschaftsrat Sektion Lörrach-Müllheim-Bad Krozingen:

Mittagsimbiss mit Vorstand

**Donnerstag, 02. Mai, 19 Uhr:** „Warum wir auf das Christentum nicht verzichten werden“, Podiumsdiskussion mit Annette Schavan gemeinsam mit Pfarrer Joachim Giesler und Pfarrer Dr. Michael Hoffmann; im Bonifatius-Saal Lörrach, Haagener Straße

**Freitag, 03. Mai, 16 Uhr:** „Zukunftsfähiges Europa“ Podiumsdiskussion des Wirtschaftsrates mit Ministerin Marion Gentges MdL und weiteren Landtagsabgeordneten, im Reforum Eventlocation & Coworking, Am Dreispitz 6, Binzen

**Sonntag, 05. Mai:** Baden-Württemberg-Abend in Berlin zum Bundesparteitag

**Montag, 06. Mai - 08. Mai:** 36. Bundesparteitag der CDU Deutschland im Estrel Congress Center Berlin

**Mittwoch, 08. Mai, 17 Uhr:** Eröffnung des BTZ Beruflichen Trainingszentrums Offenburg zur Förderung der Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen in den Arbeitsmarkt, Vortrag und Podiumsdiskussion mit Diana Stöcker, BTZ Offenburg, Orkenstr. 25

**Donnerstag, 09. Mai:** Rettichfest, in den Haltinger Reben, Weil am Rhein

**13. Mai bis 17. Mai: Plenarwoche Berlin**

**Dienstag, 21. Mai:** Europa-Bus, Infostand der Europa-Union Kreisverband Lörrach

**Dienstag, 4. Juni, 19 Uhr:** Vereidigung als Oberbürgermeisterin der Stadt Weil am Rhein, Rathaus Weil am Rhein



---

## Impressum

Diana Stöcker MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de

